

Berner Regierung in der Tinte: Finanzmanipulationen?

Autor(en): **Gloor, Christoph**

Objekttyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **110 (1984)**

Heft 37

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Berner Regierung in der Tinte: Finanzmanipulationen?

Ein Beamter der kantonalen bernischen Finanzkontrolle hat der Regierung im Zusammenhang mit einem Fonds für «Unvorhergesehenes» finanzielle Manipulationen vorgeworfen. Die Regierung hat sich bisher stets geweigert, über die Verwendung dieses Budgetpostens öffentlich Rechenschaft abzulegen. Sie habe aber immer im Interesse des Staates Bern gehandelt, wurde verlautbart. Der Beamte wird nun «wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses» strafrechtlich verfolgt. Im Grossen Rat wurde eine Disziplinaruntersuchung gegen den Regierungsrat beantragt. Warum hat das Kantonsparlament seine Kontrollfunktionen gegenüber der Regierung nicht schon früher und besser wahrgenommen?